

Prieß, Lutz/Kural, Václav/Wilke, Manfred: *Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“*.

Akademie Verlag, Berlin 1996, 300 S. (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

Die Öffnung der Archive in der ehemaligen DDR und in der Tschechoslowakei ermöglicht eine Neubewertung der spezifischen Rolle, welche die SED bei der Bekämpfung der tschechoslowakischen Reformen im Jahre 1968 spielte. Ein Wissenschaftlertrio, bestehend aus dem ostdeutschen Historiker Lutz Prieß, dem westdeutschen Soziologen und Politologen Manfred Wilke sowie dem tschechischen Historiker Václav Kural – dem als ehemaligen Mitarbeiter des Reformpolitikers Josef Smrkovský auch eine Zeitzeugenperspektive zufällt – stellte sich der Herausforderung. Fündig wurden sie in der dem Bundesarchiv angegliederten *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv* (SAPMO) in Berlin und in der Sammlung der *Komise ČSFR pro analýzu událostí let 1967–70* (Untersuchungskommission der ČSFR zu den Ereignissen der Jahre 1967–70) im Prager *Ústav pro soudobé dějiny* (Institut für Zeitgeschichte). Hatte sich die bisherige Forschung vor allem für die Stellung der Nationalen Volksarmee innerhalb der Interventionstruppen interessiert, steht in dieser Studie erstmals die Schaltstelle der DDR, das von Walter Ulbricht geführte Politbüro und die anderen zentralen SED-Organe im Mittelpunkt.

Zunächst wird der Leser in einem strukturell angelegten Kapitel, an dem der tschechische Nachwuchshistoriker Jan Pauer mitarbeitete, mit den Voraussetzungen des „Prager Frühlings“ vertraut gemacht. Das kulturelle Gedächtnis der stalinistischen „Säuberungen“ in den fünfziger Jahren, die Homogenisierung der Gesellschaft, planwirtschaftliche Schwierigkeiten, die bestehenden Vergleichsmöglichkeiten mit der Entwicklung im „Westen“ und der slowakische Drang nach Teilautonomie werden da ins Feld geführt.

Als Antonín Novotný an der Spitze der KPTsch durch den Slowaken Alexandr Dubček abgelöst wurde, reagierte die „Bruderpartei“ in der DDR zunächst mit

Gelassenheit. Auf der vierten Tagung des ZK der SED verkündete Hermann Axen Ende Januar 1968 sogar noch vollmundig, es werde „natürlich“ keine Einmischung „in die inneren Angelegenheiten der ČSSR“ geben, ließ jedoch gleichwohl erste Kritik anklingen, indem er der KPTsch „ungenügende theoretische und ideologische Klarheit“ vorhielt. Die zunächst verdeckte Kritik wurde deutlicher, als Walter Ulbricht bei den Feiern zum 20. Jahrestag des Februarputsches von 1948 einen Vergleich mit der Situation in Ungarn 1956 anstellte. Die Aufhebung der Pressezensur und die Aufnahme von Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland im März waren für die SED-Führung ein Warnsignal, sie entsandte erstmals Agenten in die ČSSR, um auf die dortige Presse Einfluß zu nehmen. Am meisten aber fürchtete Ulbricht Berichte der westdeutschen Presse über die ČSSR, da durch die Anerkennung für die wirtschaftlichen und politischen Reformen indirekt der DDR ein Spiegel vorgehalten wurde. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die DDR-Botschaft in Prag wurden mit konspirativen Aufträgen betraut.

Ende März 1968 kam es zum „Dresdner Treffen“ der Warschauer-Pakt-Staaten, von dem die SED ein geheimes Protokoll anfertigte. Aus dem Munde Ulbrichts mußte Dubček herbe Kritik über sich ergehen lassen. In Dresden wurde die Grundlage für die informelle Gruppe der „Fünf“, der späteren Interventionsstaaten, gelegt. Pressemeldungen in der ČSSR und Beunruhigung in gewissen DDR-Kreisen weckten bei Ulbricht zunehmende Besorgnis, wollte er doch am 6. April bei der Volksabstimmung über die neue DDR-Verfassung ein einmütiges Ergebnis erzielen und keinerlei „Aufweichung“ zulassen. In seinen Augen hatten die tschechoslowakischen Reformen bereits die Gestalt einer „Konterrevolution“ angenommen. Gleichwohl enthielt er sich einer offenen Stellungnahme zum „Aktionsprogramm“ der KPTsch vom 5. April und ließ sich stattdessen weiter mit informellem Material versorgen. Das MfS war zwischenzeitlich dazu übergegangen, nach „gesunden Kräften“ innerhalb der KPTsch zu suchen, zu denen über die Botschaft in Prag geheime Kontakte etabliert wurden, baute ein eigenes Berichtswesen in der ČSSR auf und versorgte damit regelmäßig das SED-Politbüro. Auf der Ebene des Warschauer Pakts jedoch sprach sich Walter Ulbricht Mitte April für eine „kollektive politische Einflußnahme“ aus, während zu dieser Zeit sowjetische Militärs bereits von einer möglichen militärischen Intervention zu sprechen begannen. Zwei Moskauer Treffen Anfang Mai stehen für das Doppelspiel der Geheimdiplomatie: Am 4./5. Mai wurde auf eine tschechoslowakische Delegation unter der Leitung von Alexandr Dubček politischer Druck ausgeübt, tags darauf vereinbarte die „Antireformkoalition“ militärischen Druck gegenüber der ČSSR. Walter Ulbricht setzte sich dabei vehement für eine härtere Gangart gegenüber Prag ein. Der wiederholte Besuch hoher sowjetischer Militärs und gleichzeitige Manöver an der polnisch-tschechoslowakischen Grenze im Verlauf des Mai 1968 unterstrichen die Ernsthaftigkeit der Drohungen. Unterdessen agierte die SED subversiv weiter. Sie führte eine scharfe Pressekampagne gegen das südliche Nachbarland, in der sie das Schreckgespenst der sich ausweitenden „Konterrevolution“ an die Wand malte, und setzte die Unterstützung der konservativen Kräfte innerhalb der KPTsch fort. Das Berichtssystem des MfS innerhalb der ČSSR verfeinerte sich, manche von DDR-Agenten getroffenen Beurteilungen dienten in der Zeit der „Normalisierung“ 1969/70 als Grundlage für Personalentscheidungen. In der zweiten Junihälfte fand das Manöver „Šumava“

(Böhmerwald) auf dem Gebiet der ČSSR statt, an dem sich auch die Nationale Volksarmee der DDR beteiligte. Aus der Sicht der UdSSR war es nur ein Vorspiel zur späteren Operation „Dunaj“ (Donau), der Invasion. Auf dem „Warschauer Treffen“ der „Fünf“ vom 14. Juli erging ein Warnschreiben an die KPTsch, dessen Tenor – die „begrenzte Souveränität der sozialistischen Staaten“ – in Prag mit Zurückweisung quittiert wurde. Die „operative Gruppe“ des Politbüros der SED und die „Arbeitsgruppe KPTsch“ planten indessen weitere Aktionen: Vom Rundfunksender Dresden aus erging eine Radiopropaganda. Im Auftrag Moskaus traf sich Ulbricht mit Dubček in Karlovy Vary (Karlsbad) und stellte ihm ultimative Forderungen: die Wiedereinführung der Pressezensur und das Verbot der „politischen Klubs“. Ein Kompromiß konnte nicht erzielt werden, da sich Dubček das „oberlehrerhafte Benehmen“ Ulbrichts nicht gefallen ließ.

Ab diesem Zeitpunkt beteiligte sich die DDR aktiv an den Interventionsvorbereitungen. Sie traf strategische Vorbereitungen an ihrer Südgrenze, beteiligte sich aber am eigentlichen Einmarsch aus militärischen Erwägungen nur planerisch und logistisch. Außerdem steuerte die Abteilung Auslandsinformation des ZK der SED den Sender „Vltava“ (Moldau), der in Abstimmung mit Moskau einzelne Reformer persönlich diffamierte und seine Propagandaarbeit trotz massiver Proteste seitens der KPTsch erst im Frühjahr 1969 einstellte. Auf der 8. Tagung des ZK der SED ließ Walter Ulbricht die Katze aus dem Sack, als er die Intervention rechtfertigte: Der „Drahtzieher“ der tschechoslowakischen „Konterrevolution“ sei die SPD mit ihrer „neuen Ostpolitik“ gewesen, gleichzeitig kritisierte er „Revisionismus“ in den eigenen Reihen. Da sich die Intervention trotz des militärischen Sieges jedoch als politischer Fehlgriff erwies, entschied sich der Warschauer Pakt für eine dauerhafte Truppenpräsenz auf dem Gebiet der ČSSR. Es war Ulbricht, der in einem Brief an Breschnew vom 18. September 1968 den Anstoß dazu gegeben hatte.

Für den Stalinisten Ulbricht war es unerträglich, daß die ČSSR vor der DDR Kontakte zur Bundesrepublik aufgenommen hatte. Er erblickte eine Verschwörung zwischen dem westlichen „Imperialismus“ und der „Konterrevolution“ in der Tschechoslowakei, die darauf abziele, dort den Sozialismus zu beseitigen und damit die Position der DDR zu schwächen. Nach ihrem marxistisch-leninistischen Selbstverständnis besaß die SED ein Monopol in der Beurteilung des „rechten Weges“. Daraus leitete sie das Recht ab, sich in die inneren Angelegenheiten der ČSSR einzumischen – bis hin zur Unterstützung der militärischen Intervention.

Die Autoren werfen auch die Frage nach der Schuldhaftigkeit der SED bei der Niederschlagung der Reformbewegung in der ČSSR auf. Sie betonen den eingeschränkten Handlungsspielraum der SED in zentralen Fragen. Die grundsätzlichen Entscheidungen seien in Moskau gefällt worden. Gleichwohl ist es als ungeheuerliche Einmischung in die innere Entwicklung der Tschechoslowakei zu beurteilen, daß die DDR-Führung – allen voran Walter Ulbricht, Erich Honecker, Willi Stoph und Hermann Axen – monatelang in der ČSSR Politiker und Bürger ausspionieren ließ, konkrete Maßnahmen zur „operativen Bearbeitung“ der Bevölkerung durchführte und auch eigene Bürger verfolgen ließ, die mit den Reformen sympathisierten. Zwar konnte die weitverbreitete Annahme, DDR-Soldaten seien unmittelbar am Einmarsch vom 20./21. August beteiligt gewesen, bereits durch vorausgegangene Arbeiten revi-

diert werden; die Rolle der DDR-Staatsführung in der Gipfeldiplomatie der „Anti-reformkoalition“, die aktive Mithilfe bei den Vorbereitungen des militärischen Eingriffs und die begleitende Unterstützung sowie die „Bruderhilfe“ der SED bei der „Normalisierung“ in den Jahren 1969/70 schmälern jedoch keineswegs das Negativkonto der DDR-Elite und ihrer Handlanger.

Aus der Fülle von Publikationen zur DDR-Geschichte ragt diese Studie insofern heraus, als hier ein differenzierter Blick auf die Kommunikationsstrukturen und -formen im „Ostblock“ geworfen wird. Hier interessierten sich die Autoren nicht so sehr für Binnenentwicklungen des sozialistischen deutschen Teilstaates, sondern für dessen internationale Verflechtungen. Auch für andere Ereignisse und Phasen harren diese Verflechtungen noch weiterer Untersuchungen.

Zum Widerspruch fordert jedoch die an mehreren Stellen vorgetragene These heraus, die ČSSR habe 1968 zu keinem Zeitpunkt erwogen, vom Grundmodell des Sozialismus abzurücken. Dies mag für die KPTsch-Führung unter Dubček gelten. Wer das nach wie vor unübertroffene (aber von Prieß, Kural und Wilke nicht berücksichtigte) Werk von Gordon Skilling, „Czechoslovakia's Interrupted Revolution“ (Princeton 1976), zur Hand nimmt, wird sehr bald der Tatsache gewahr, welche alternativen, wirklich demokratischen Konzepte es auch zum „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der damaligen Tschechoslowakei bereits gegeben hat. Dem ehemaligen Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus in Ostberlin und dem früheren Reformkommunisten aus Prag fiel es offensichtlich schwer, über ihren eigenen Schatten zu springen.

Sehr positiv ist hingegen prinzipiell zu vermerken, daß bei einem so diffizilen und sensiblen Thema die deutsch-tschechische wissenschaftliche Zusammenarbeit zu einem insgesamt sehr ansehnlichen Ergebnis führte, einem Ergebnis, von dem man in anderen Bereichen vorläufig nur träumen kann ...